

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunden zu Beginn

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Worauf noch warten? Öffnungskonzepte für Gastronomie & Tourismus!**“ abgehalten.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) sagte, es sei längst „fünf Minuten nach zwölf“. Der Lockdown sei keine Lösung, treibe das Land in den Ruin und verursache mehr Schaden, als er nutze. Die Zahlen, Daten und Fakten würden einschneidende Beschränkungen nicht mehr rechtfertigen und Lockerungen rechtfertigen. Besonders hart betroffen von den Lockdown seien die Gastronomie- und Tourismusbetriebe. Sollte es noch länger so weitergehen, gebe es nichts mehr zu retten. Er fordere daher mit Nachdruck ein Öffnungskonzept für Gastronomie und Tourismus und einen Notfallfond für betroffene Betriebe. Es sei an der Zeit zu handeln.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) meinte, es würde uns allen inzwischen die Luft ausgehen. Seit einem Jahr fehle ein wesentlicher Teil des Lebens, nämlich echter Kontakt zu Menschen. Die Erzählung, die Leute machten bei den Maßnahmen nicht mit, könne sie nicht mehr hören, denn der Großteil der Menschen mache seit einem Jahr mit. Auch der heimischen Wirtschaft gehe die Luft aus, die Wirtschaftskrise sei für viele Menschen im Land zu einer existenziellen Krise geworden. Viele Menschen hätten ihren Job bereits verloren oder würden kurz davor stehen. Sie sei froh, dass sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gestern dazu geäußert habe, dass sich Öffnungstendenzen abzeichnen. Raus aus der Krise müsse heißen „smarte Öffnungsschritte“. Sie stellte die Frage, worauf man warte.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) sagte, es sei gut, dass man zum wiederholten Male eine Aktuelle Stunde zu einem Thema abhalte, das alle bewege. Die

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Schweiz habe gestern Niederösterreich, die Steiermark und Kärnten zum Risikogebiet erklärt. Man habe österreichweit eine Inzidenz von knapp 2.200 und in Niederösterreich eine Inzidenzrate von 170. In diesem Sinne schaue es nicht so gut aus. Ein Bereich, wo man gesellschaftlich an die Grenzen komme, sei der Sportbereich. Hier könne man mit Hygienekonzepten sehr wohl etwas machen. Auch in der Kultur sei es möglich. Bei Gastro und Hotellerie habe sie aber große Bauchschmerzen. Niederösterreich habe sich eine gute Marke aufgebaut und man sei gut beraten, damit sehr vorsam und achtsam umzugehen.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) sprach von einem „unverantwortlichen Dauerlockdown“. Wie unverantwortlich dieser sei, würden die Zahlen, Daten und Fakten zeigen. Auf europäischer Ebene habe man das geringste Wirtschaftswachstum in Europa und die meisten Lockdown-Tage. Das Land werde von einer Regierung geführt, die seit Wochen keine Mehrheit mehr in diesem Land habe. Auch im Bereich der Impfungen sei man in Österreich hinten angelangt. Man schimpfe auf die Leute, die die Maßnahmen nicht mehr mittragen. Man müsse diese Wahnsinnsspirale durchbrechen, den Lockdown beenden und alles öffnen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) meinte, er vermisse die ehemals mutige Volkspartei, die sich gegen die Bundesregierung auf die Beine stelle. Die neue türkische Partei habe nichts mehr mit dem Volk zu tun. Aufgabe der Regierung sei es, die gesamte Bevölkerung und die gesamte Wirtschaft zu unterstützen. Er appellierte mit der Angstmach-Politik aufzuhören. Man solle damit aufhören, den Menschen Angst zu machen, sie wegzusperren und damit, gesunde Kinder zu testen. Kinder hätten ein Recht darauf, an Bildung teilzunehmen und ihre Gefühle und Mimik zu zeigen. Er appellierte, die Menschen wieder ihr Leben leben zu lassen. Die Österreicher seien mündig genug, wenn sie krank seien oder Krankheitssymptome zeigten, die entsprechenden Maßnahmen zum Schutz aller zu ergreifen.

Abgeordneter Rainer Windholz MSc (SP) führte aus, dass die Pandemie uns alle fest im Griff habe. Man taumle von einem Lockdown zum nächsten. Jeden Tag höre man Phrasen und Floskeln, die sich immer wieder wiederholten. Seit beinahe einem Jahr sei der österreichischen Bundesregierung nichts eingefallen, was zu einer nachhaltigen

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Verbesserung führe. Die Menschen hätten das Vertrauen in die Regierung, in die Lösungskompetenz der Politik verloren, das sei für alle schlecht. Vor einem Jahr seien viele Maßnahmen von der Bevölkerung noch mitgetragen worden. In der Zwischenzeit gebe es aber ausreichend Testungen und Impfungen. Die Pandemie würde die Menschen noch länger begleiten. Die Sozialdemokratie fordere ein erweitertes Testangebot mit den Wohnzimmertests, um die Öffnungsschritte schneller voranzutreiben.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, exponentiell würden derzeit die Schulden wachsen, und exponentiell würden die Insolvenzen bald wachsen. Es gebe jetzt mehr Infizierte, weil sehr viel getestet werde. Entscheidend seien die Krankenhauszahlen und die würden nicht darauf hinweisen, dass das Gesundheitswesen am Zusammenbrechen sei. Es sei notwendig, mit dieser Krankheit zu leben. Kinder und Erwachsene würden sehr gerne wieder Sport betreiben.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) betonte, in den Spitälern würden aktuell nicht alle medizinischen Behandlungen durchgeführt werden, das Personal sei am „Anschlag“.

Abgeordneter Christoph Kainz (VP) sagte, gerade weil seit einem Jahr diese Pandemie gemeinsam geschultert werde, sei es jetzt an der Zeit, auch die nächsten Monate und die nächsten Jahre gemeinsam zu meistern. Gasthäuser, Kultur, Sport, das gehe allen ab. Ein sicherer Zugang zu diesen Angeboten sei notwendig, um den Menschen diese Dienstleistungen nachhaltig zu ermöglichen. Die Fallzahlen müssten Grundlage für politische Entscheidungen sein. Es gebe 460 Neuinfektionen und es gebe 320 Hospitalisierte. Das Gesundheitssystem habe sich in Niederösterreich bestens bewährt. Die Landesgesundheitsagentur bzw. die Gesundheitsstruktur im Bundesland sei ganz hervorragend, auf die sich die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher verlassen könnten. Diese Zahlen und die Teststrategie sollten die Grundlage für die politische Diskussion darstellen.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) führte aus, der FP sei bewusst, dass Corona existiere. Es gebe dieses Virus, das auch eine sehr schwere Krankheit hervorrufen könne. Die Menschheit werde lernen, auch mit diesem Virus zu leben. Öffnungskonzepte für Gast-

Landtag aktuell

25. Februar 2021

ronomie und Wirtschaft seien jetzt sofort notwendig. Es habe die Registrierkassenpflicht und das Rauchverbot gegeben, was dazu beigetragen habe, dass die Anzahl der Wirtschaftshäuser bereits zurückgegangen sei. Man müsse den Unternehmen, den Wirten, der Kultur, den Sport etc. endlich wieder die Möglichkeit geben, ihr Geld selbst zu verdienen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) kann die Vorwürfe an ihren Fraktionskollegen hier im Plenum nicht nachvollziehen. Die SP Niederösterreich bekenne sich zu den Forderungen der Bundes-SP und trage die Entscheidungen auch mit. Der Gesundheitsschutz habe oberste Priorität.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**80.000 neue Jobs für Niederösterreich – Wirtschaft stärken und für Vollbeschäftigung sorgen**“.

Abgeordneter René Pfister (SP) ist der Ansicht, dass man mit der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik nicht weiterkomme. Arbeitssuchende hätten keine Perspektiven, viele würden in Armut abgleiten. Der derzeitigen Bundesregierung sei Vollbeschäftigung kein Anliegen. Er vermisse vielfach auch die Unterstützung regionaler Betriebe und Dienstleister. Mehr Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt bedeute auch mehr sozialen Frieden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden für zwei Drittel der Kosten der Corona-Krise aufkommen, jedoch nur zu einem Drittel von den gesetzten Maßnahmen profitieren. Er forderte auch eine Arbeitszeitverkürzung und eine Ausbildungsoffensive, denn die derzeitige Arbeitsmarktsituation mache viele Arbeitssuchende zu Verlierern. Mit einer Aktion 40.000 sollen für 40.000 Menschen, die länger als zwölf Monate ohne Job seien, Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen und sozialen Unternehmen geschaffen werden.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) forderte innovative und zielgerichtete Projekte und Initiativen für Arbeitssuchende. Die Regierung agiere angesichts 600.000 Jobsuchender „planlos“. Viele Menschen wären angesichts der derzeitigen Situation ohne Perspektive und ohne Chance am Arbeitsmarkt. Es brauche auch ein „Einkommen zum Auskommen“.

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sieht durchaus Schnittstellen mit der SP, wenn es um Arbeitsplätze und Beschäftigung gehe. Die Unterschiede gebe es vor allem beim Weg dorthin. Für ihn sei ein „Schlüssel zum Erfolg“, Unternehmen von „bürokratischen Fesseln“ zu befreien. Werkzeuge dafür wären unter anderem schnellere Verfahren, One-Stop-Shop und erleichterte Betriebsübernahmen. Man brauche ein Zeichen des Aufbruchs und der Veränderung zum Besseren hin. Das „neue Normal“ werde nicht dasselbe sein wie 2019. Mittelfristig würden einige Branchen und Berufsprofile verschwinden, aber etwas Neues werde entstehen. Als Politiker sei es die Aufgabe, dieses Neue zuzulassen und zu fördern.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) hielt fest, man erlebe eine einzigartige Gesundheitskrise, in der es darum ginge das Gesundheitssystem nicht zu überlasten und Erkrankungen zu verhindern. Es sei auch eine große Herausforderung, die Auswirkungen auf die Wirtschaft abzufedern, etwa durch die Kurzarbeit. Dennoch seien die Arbeitslosenzahlen über dem Vorjahr. Man müsse daher nicht nur raus aus der Gesundheitskrise, sondern auch raus aus der Wirtschaftskrise und der Klimakrise. Die Zukunft liege bei erneuerbaren Energien, bei Investitionen in die Schiene, in das Breitband in ländlichen Regionen.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) ging auf die Arbeitslosenzahlen näher ein. Die Zahl der Arbeitslosen sei im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent gestiegen. Die Krise habe die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt weiter fest im Griff. Es sei längst überfällig, die Lockdowns zu beenden und der Bevölkerung Sicherheit zu geben. Viele Branchen habe es „massiv getroffen“, jeder Lockdown wirke wie ein „Amazon-Förderprogramm“.

Abgeordneter Alfredo Rosenmaier (SP) meinte, er hoffe, dass die Gastronomie bald wieder aufsperrern könne. Es würden nicht nur die Gastronomen leiden, sondern auch die Zulieferbetriebe und die Landwirtschaft seien massiv betroffen. Es ginge hier um unzählige Arbeitsplätze. Ein Wirtshaus sei auch eine Kommunikationsdrehscheibe. Zur Kultur hielt er fest, diese sei ein weltweites Aushängeschild für Österreich. Die Kultur brauche jetzt Planungssicherheit. In der Wirtschaft bedürfe es eines Schulterschlusses, die Menschen hätten mehr Sorge um die Wirtschaft als um die eigene Gesundheit. Ein

Landtag aktuell

25. Februar 2021

positives Beispiel für vertrauensbildende Maßnahmen in der Politik sei Alt-Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll gewesen. Zudem müsse man die Gemeinden unterstützen, jede von ihnen sei ein Motor, der die Wirtschaft wieder in Schwung bringe. Anpacken sei das Gebot der Stunde.

Abgeordneter Ing. Franz Rennhofer (VP) betonte, die Corona-Pandemie treffe jeden. Entscheidend sei, wie man sie bewältige. In Niederösterreich gebe es mehrere Stoßrichtungen. Neben der Zusammenführung zur Landesgesundheitsagentur inklusive der Leistungen von Notruf NÖ und des Bereichs der Testungen nannte er dabei die Stärkung der Wirtschaft mit den Hilfs- und Konjunkturprogrammen. Für den Produktionsbereich gebe es positive Ansätze, bei den Betriebsgründungen liege man deutlich über dem Österreich-Durchschnitt. Die Digitalisierungsförderung werde von den Betrieben gut angenommen, die Gemeindepakete sicherten Investitionen in den Gemeinden. Die Arbeitsmarktstrategie stelle die Aus- und Weiterbildung in den Mittelpunkt. Alle diese Maßnahmen zeigten, dass Niederösterreich auch in der Krise für die Bevölkerung da sei und in allen Bereichen helfe.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) meinte, wenn man seinem Vorredner zuhöre, habe man den Eindruck, es sei ohnehin alles in Ordnung. Das sei Realitätsverweigerung, in Wahrheit gehe es um die größte Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise der Zweiten Republik. Bei den Freiheitlichen wisse man, was man bekomme. Man wolle öffnen und die Leute in die Freiheit entlassen. Bei der SP wisse man es nicht, weil sie es scheinbar selbst nicht wisse.

Klubobmann Reinhard Hundsmüller (SP) replizierte auf den Abgeordneten Rennhofer, dass die Aktion 80.000 bedeute 80.000 Jobs für Niederösterreich zu schaffen – in Green Care, in der Digitalisierung und in der Pflege, die man normal über Umschulung und über neue Maßnahmen schaffen wolle. Die Aktion 40.000 sei die Fortsetzung der Aktion 20.000, die von Schwarz-Blau abgeschafft worden sei, wo man Langzeitarbeitslose in Wiederbeschäftigung bringen wolle. Replizierend auf seinen Vorredner sagte der Abgeordnete, dass seine Fraktion schon genau wisse, was sie wolle. Sie wolle genau prüfen, unter welchen Voraussetzungen man öffnen könne. Die SP sei eine Partei, die mit Maß und Ziel arbeite und auf das Gesamt schaue.

Abgeordneter Ing. Franz Rennhofer (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 1: 2021 bis 2025.**

Abgeordneter Anton Kasser (VP) führte aus, dass der Schutz des Klimas und die Energiewende Themen seien, die schon oft besprochen worden seien. Beherrschend sei aber gerade das Thema Corona. Bei Corona gebe es Gott sei Dank eine Impfung, die vieles leichter machen werde, im Bereich der Umwelt gebe es diese nicht. Der Weg zum Energieland Niederösterreich sei ein langer. Heute beschließe man einen weiteren Meilenstein, mit diesem Maßnahmenpaket, das man beschließe, erfülle man den Energiefahrplan mit Leben. Der Abgeordnete sprach von vielen Querschnittsthemen. Es gehe darum, uns an die Klimaveränderung anzupassen, sprach er Dürreperioden, Borkenkäfer-Invasion und sinkende Grundwasserspiegel an. Es gelte, die Bürger mit auf den Weg zu nehmen. Er stellte einen **Resolutionsantrag** betreffend Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Unterstützung der Energiewende.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) meinte, es gehe um zu viel und zu wenig Wasser und sprach den Meeresspiegelanstieg und Dürreperioden an. Es gehe um nicht weniger als um den globalen Kampf um Lebensraum. Was unseren Kindern und Enkelkindern bevorstehe, sei dramatisch, dies sei bis zu einem gewissen Grad zu mildern, wenn man jetzt handle. Dass die USA wieder dem Klimaschutzabkommen beitreten wollen, sei wichtig, weil sie ein reiches Land mit viel Forschungskapazität und Mitteln seien. Sie sprach von sehr vielen Einzelmaßnahmen, die der Maßnahmenkatalog enthalte, es sei aber wichtig, mit welchen Maßnahmen, man welches Ausmaß an CO₂-Einsparungen erreiche. Die Zeit laufe, nein sie rase und auch wir in Niederösterreich wollten und müssten einen Beitrag leisten. Die Menschen seien es gewohnt, auf Kosten der nachkommenden Generation zu leben. Je später man aber mit der Reparatur beginne, desto teurer und schmerzhafter werde es.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) betonte, dass man Klima- und Energiepolitik oder –programme mit großer Demut behandeln sollte, denn man habe die Welt von unseren Kindern geborgt und sollte daher sehr gut darauf aufpassen. Wenn man sich die Anträge anschauere, dann habe man den Eindruck die VP habe kein Vertrauen zur

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Bundesorganisation mehr. Man sollte miteinander reden anstelle derartiger Showanträge zu stellen. Er empfinde die „Showanträge“ der ÖVP eigenartig und das mache ihn nachdenklich. Man sei im Landtag einiges gewohnt, aber jetzt solche Anträge einzubringen, wo man an das Regierungsprogramm der eigenen Partei appelliert, das solle sich die ÖVP bitte intern ausmachen und nicht den Landtag damit belästigen. Er fordere die ÖVP daher auf, diese beiden Resolutionsanträge zurückzuziehen.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend „Klimakatastrophe abwehren! Verpflichtender Klimastabilitätspakt mit einzuhaltendem CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels auch in Niederösterreich“ ein. Es brauche rasche Maßnahmen, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, denn Niederösterreich habe nur mehr sieben Jahre Zeit, um es zu erreichen. Man habe in der Vergangenheit sehr wenig geschafft und nur die Dinge gemacht, die leicht von der Hand gegangen sind.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) meinte, es brauche eine abgestimmte Vorgangsweise im Energiebereich. Die Energieträgerwahl bei Heizungen solle eine höchstpersönliche Entscheidung bleiben und es bedürfe längerer Übergangsfristen. Zudem sei es unabdingbar, die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen und zusätzliche Förderung vom Bund zu lukrieren. Man stimme diesem Klima- und Energieprogramm nicht zu.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) sagte, dass die Bürger laut einer aktuellen Umfrage eine bessere Umweltpolitik befürworten würden. Im vorliegenden Bericht seien viele Versprechen der Politik in einen Maßnahmenplan gegossen worden. Nun stehe man mit diesem fertigen Werk in den Händen da und könne nur mehr darüber diskutieren, da man beim Entstehen des Werkes nicht dabei sein konnte. Verbesserungspunkte sehe sie viele, unter anderem beim Energiesparen und im Mobilitätsbereich. Sie bringe daher **Resolutionsanträge** betreffend „Maßnahmen zur Steigerung der Mehrwegquote von Gebinden aus Kunststoffen und Metallen“, betreffend „Änderung des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes sowie die vermehrte Förderung von Unverpackt-Läden“ und betreffend „softe Maßnahmen im Bereich von Aufklärungs-Informationssensibilisierungskampagne des Landes Niederösterreich zum Klimaschutz“.

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) meinte, „tun, was ein Land tun kann“, mit dieser Devise werde das NÖ Klima- und Energieprogramm für die Maßnahmenperiode 2021 bis 2025 zusammengefasst. Die Herausforderung, die der Klimawandel mit sich bringe, verlange entschlossenes Handeln auf allen Ebenen. Aufgrund von nationalen und internationalen Vereinbarungen und Verträgen seien mit dem NÖ Energiefahrplan Ziele gesetzt worden, die man nun auch erreichen wolle. 353 konkrete Maßnahmen in 62 thematischen Stoßrichtungen seien hier definiert worden, um den Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen zu senken. Er brachte einen **Resolutionsantrag** ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung heranzutreten, dass die notwendigen Gesetze einer Beschlussfassung zugeführt werden, Förderprogramme leicht verständlich gestaltet und „Doppelgleisigkeiten“ vermieden werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, und NEOS angenommen. Der Resolutionsantrag (Energiewende) von Landtagsabgeordneten Anton Kasser wurde mit den Stimmen von VP und SP mehrheitlich angenommen. Beim Resolutionsantrag von Josef Edlinger verlangten die Grünen eine getrennte Abstimmung. Punkt 4 wurde mit den Stimmen von VP, SP und NEOS angenommen. Die anderen Punkte mit den Stimmen von VP, SP, Grüne und NEOS.

Abgeordnete Michaela Hinterholzer (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 2010**.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag zustimmen. Der Interessentenbeitrag sei ein „Bürokratiemonster“ und müsse abgeschafft werden. Man müsse die Verwaltung entbürokratisieren und modernisieren, um aus der Krise zu kommen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, das Tourismusgesetz dahingehend zu ändern, dass der Interessentenbeitrag abgeschafft wird.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) betonte, die FP werde der vorliegenden Novelle zustimmen und gleichzeitig fordere seine Partei, den Interessentenbeitrag zur Gänze zu streichen. Er brachte einen entsprechenden **Resolutionsantrag** ein. Darin wird u. a. die ersatzlose Abschaffung des Interessentenbeitrages gefordert.

Abgeordneter Rainer Windholz MSc (SP) meinte, dem Antrag sei inhaltlich zuzustimmen, weil dadurch temporär die Tourismuswirtschaft entlastet werde. Überdies werde den Gemeinden der Ausfall abgegolten. Auch müsse das NÖ Tourismusgesetz adaptiert werden. Mit der Neuregelung der Ortsklasse und der zielgerichteten Verwendung der Einnahmen sprach er weitere Problempunkte an. Ein von ihm eingebrachter **Resolutionsantrag** setzt sich mit der künftigen Finanzierung der Gemeinden auseinander.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) sagte, Niederösterreich habe große Anstrengungen unternommen, die besonders stark von Corona betroffenen Branchen zu unterstützen und zu entlasten. Es sei zu begrüßen, dass der Interessentenbeitrag heuer ausgesetzt werde. Die Betriebe hätten ansonsten bis zu 2.300 Euro abliefern müssen. Mit dem nunmehrigen Beschluss werde eine wichtige Hilfsmaßnahme für die Betriebe rasch und unbürokratisch umgesetzt. Die Resolutionsanträge der Neos und der FPÖ zu diesem Tagesordnungspunkt bezeichnete er als „handwerklich schlecht gemacht“.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) replizierte auf seinen Vorredner und sagte, dass man den Ausführungen der Neos wieder einmal nicht zugehört habe und dass man hier das „Haar in der Suppe“ suche. Die Entlastungen sollten über einen längeren Zeitraum gehen und auch einhergehen mit einer Entbürokratisierung.

Der Antrag mit Gesetzesentwurf wurde einstimmig angenommen, alle drei bei diesem Tagesordnungspunkt eingebrachten Resolutionsanträge blieben in der Minderheit und wurden damit abgelehnt.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Prostitutionsgesetzes**.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) meinte, mit der Änderung dieses Gesetzes werde ein Bereich am Rande der Gesellschaft und abseits öffentlicher Debatten geregelt. Faktum sei, dass Prostitution existiere und nicht „im Graubereich“ stattfinden sollte. Änderungen beträfen unter anderem die Regelung der Abstände derartiger Einrichtungen zu institutionellen Einrichtungen.

Abgeordnete Elvira Schmidt (SP) erinnerte daran, dass das bisherige Gesetz auf das Jahr 1984 zurückgehe und nun Änderungen erforderlich wären. Bei der Prostitution wären die Grenzen zwischen Freiwilligkeit und sexuelle Ausbeutung oft fließend. Sie sprach sich auch für eine Enttabuisierung dieses Themas aus.

Abgeordneter Gerhard Schödinger (VP) sieht im vorliegenden Antrag eine Erweiterung der Befugnisse der Polizei und Sicherheitsbehörden. Dazu gehörten auch die Sicherstellung von Beweismitteln und eine Verschärfung bei Überwachungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Sozialpädagogisches Betreuungszentrum Korneuburg, Neubau und Sanierung**.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) bezeichnete das Sozialpädagogische Betreuungszentrum als notwendige Einrichtung für junge Menschen, die nicht bei Familien leben könnten. Hier fänden sie ein zweites Zuhause, wo auch auf ihre Bedürfnisse eingegangen werde.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) erinnerte daran, dass man im Jahr 2017 in Korneuburg einen Generationen-Campus - Pflegeheim und Landesjugendheim - beschlossen habe. Dieses Projekt sei leider nicht zustande gekommen. Sie stellte die Frage, ob die Anzahl der Plätze ausreichend sei, der Bedarf sei steigend. Es solle daher zeitgerecht reagiert werden.

Abgeordnete Vesna Schuster (FP) betonte, Kinder und Jugendliche hätten es in der aktuellen Krisensituation besonders schwer. Eine sonderpädagogische Betreuungseinrichtung sei immer und besonders in Zeiten wie diesen enorm wichtig. Das Projekt in Korneuburg sei gut, wichtig und richtig.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) hielt fest, dass ihre Fraktion diesem Antrag „selbstverständlich“ zustimme. Sie freue sich über den heutigen Beschluss. Die Auf-

rechterhaltung der Werkstätten, wenn auch in einem kleineren Ausmaß, sei sehr wichtig.

Abgeordneter Christian Gepp MSc (VP) sagte, die Gesamtkosten für dieses Projekt würden 15,3 Millionen Euro betragen. Die Baumaßnahmen erfolgten im laufenden Betrieb. Mit der Freigabe dieser Geldmittel setze Niederösterreich einen weiteren Schritt im Ausbau der Betreuungseinrichtungen. Er bedankte sich auch als Bürgermeister für die Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort und den politischen Verantwortlichen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Christoph Kaufmann MAS (VP) referierte zu einem Bericht betreffend **Veranlagung des Landes Niederösterreich 2019/20.**

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, das Ziel, den Kapitalstock für künftige Generationen zu erhalten, werde seit Jahren verfehlt. Er gebe zu, dass das Umfeld für institutionelle Anleger schwierig sei. Aber er stelle sich die Frage, ob die Strategie der Veranlagung noch stimme. Seine Fraktion könne den Bericht nur zur Kenntnis nehmen, wenn das Wort „zustimmend“ aus dem Antragstenor gestrichen werde. Er stellte einen dementsprechenden **Abänderungsantrag**.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) ging in seiner Wortmeldung vor allem auf das Thema Nachhaltigkeit ein. So seien die Auswirkungen der Klimakrise immer stärker zu spüren, deswegen sei jetzt die Zeit gekommen, um den Ausstieg aus fossilen Ressourcen zu schaffen. Die öffentliche Hand solle dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Daher solle man mit diesen Geldern verantwortungsvoll umgehen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** ein, der u. a. den Ausstieg aus fossilen Investitionen fordert.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) sagte, die Freiheitlichen würden dem vorliegenden Bericht zustimmen. Die Veranlagung habe in den letzten Geschäftsjahren entsprechende Wertsteigerungen vorweisen können. Die Freiheitlichen wünschten sich,

dass mehr niederösterreichische Betriebe in der Portfoliostruktur berücksichtigen würden.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) hielt fest, dieser Bericht habe aufgrund der Pandemie und der damit verbundenen wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen eine andere Bedeutung als die Jahre zuvor. Im Geschäftsjahr 19/20 habe es erstmals ein negatives Veranlagungsergebnis gegeben. Bis jetzt habe man immer von sehr positiven Werten berichten können, weshalb sich beim Durchschnitt der letzten zehn Jahre eine Wertsteigerung von 29,6 Prozent zeige. Der Bericht werde von ihrer Fraktion so zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Martin Schuster (VP) sprach von einem „spannenden, interessanten und für Anleger sehr schwierigen Jahr“. Dafür sei das Ergebnis von 1,2 Prozent Minus „das berühmte blaue Auge“. Er glaube, dass sowohl die letzten fünf Jahre als auch die letzten zehn Jahre eine „wirklich gute Performance“ zeigten. Die Vorgaben seien mit möglichst wenig Risiko eingehalten worden. Auch im Bereich der Nachhaltigkeit sei man auf einem „sehr guten Weg“.

Der Abänderungsantrag der NEOS wurde nicht ausreichend unterstützt, der Antrag des Wirtschafts –und Finanzausschusses wurde mit Mehrheit angenommen, der Resolutionsantrag des Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) blieb in der Minderheit.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Balber, Abgeordnete Suchan-Mayr und Abgeordneter Teufel) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Blackout Prävention und Energiewende – Ausbau der Erneuerbaren Energie und Versorgungssicherheit**
- **rechtzeitig regionale und überregionale Maßnahmen gegen den drohenden Blackout setzen**
- **Ausarbeitung von Blackout-Notfallplänen für Gemeinden und Sicherstellung der Energieversorgung für lebensnotwendige Infrastruktur**

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger BA (VP) eröffnete die Debatte: Das Thema Blackout sei zwar komplex, es stünden aber die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Energie sei für Gesellschaft mittlerweile ein Grundelement, ein drohender Blackout müsse verhindert werden. Corona sei ein gefährlicher Feind, den man nicht sehe, für den Blackout gelte dasselbe. Es gehe nicht um Amortisations- oder Rentabilitätsrechnungen, einem drohenden Blackout könne man nur gemeinsam entgegenzutreten.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) erinnerte an die Aktualität des Themas. Der SP-Antrag sei sehr umfassend, jener der FP stelle die Bewältigung in den Vordergrund. Jener der VP sei aber visions- und mutlos, sie verweigere sich dem Diskurs. Prävention müsse Vorrang haben, die Stabilität des Netzes sei ein europäisches Thema. Die Energiewende sei eine Managementaufgabe, keine Ideologiefrage. Der Fokus müsse auf Forschung und Entwicklung gelegt werden.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) meinte, die Basisinfrastruktur werde bei uns zum Glück Gott sei Dank von der öffentlichen Hand sichergestellt. Die drei vorliegenden Anträge zeigen auch das eigene Versagen. Hohe Dividenden wären in den letzten Jahren wichtiger gewesen als der Ausbau der Infrastruktur. Die Aufforderungen an den Bund in den Anträgen verstehe er nicht, dort werde ohnehin gehandelt. Auch Niederösterreich beginne jetzt zu handeln, er bezweifle aber, ob sich die Energiewende ausgeben werde, denn es würden falsche Anreize gesetzt. Er bringe daher einen **Abänderungsantrag** betreffend „Verstärkte Förderung von dezentralen Energiespeicherlösungen in NÖ als Beitrag zur Netzstabilität und für den Ausbau-Boost für regionale Sonnenkraftwerke statt lobbyieren für Gaskraftwerke“ ein.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) sagte, ein Blackout sei ein größeres Problem, nicht nur regional zu betrachten. In der kommenden NÖ Bauordnung solle der Notkamin gestrichen werden, das sei konträr zum heutigen Thema. Auch das Bundesheer habe schon mehrmals auf die Bedrohung überregionaler Blackouts hingewiesen. Die FPÖ fordere Blackout-Notfallpläne zu erstellen, denn es sei ein dringendes Gebot der Stunde. Der Ausbau der Energie- und Versorgungssicherheit sei ebenso wichtig. Schnellstartende Gaskraftwerke seien als Überbrückungslösung nach wie vor notwendig.

Landtag aktuell

25. Februar 2021

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) betonte, dass ihr dieses Thema schon lange Zeit wichtig sei. Es gehe um ein Thema, das man nur miteinander angehen könne. Denn es stelle sich nicht die Frage, ob ein Blackout komme, sondern wann er komme. Die derzeitige Krise habe uns gewarnt und zeige, dass man sich darauf vorbereiten müsse.

Abgeordneter Karl Moser (VP) erinnerte daran, dass ein Blackout viele Ursachen haben könne. Die Frage sei, wie man sich bestmöglich darauf vorbereite. Letztendlich sei jeder einzelne davon betroffen und die vorbereitenden Maßnahmen seien sehr gut getroffen worden. Er verwies darauf, dass die EVN und die Austria Power Grid in den nächsten Jahren große Investitionen in die Infrastruktur tätigen werden. Zudem sei es wichtig, auf nachhaltige Energieformen und gute regionale Versorgung zu setzen. In Niederösterreich habe man in der Versorgungssicherheit viel gemacht und gute Arbeit geleistet.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde nicht ausreichend unterstützt, der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses betreffend Tagesordnungspunkt 9 wurde mehrheitlich angenommen. Der Antrag betreffend Tagesordnungspunkt 10 erhielt ebenso eine Mehrheit. Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 11 wurde einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!